

Haushaltsrede 2022 – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratsmitglieder und Vertreter*innen der Verwaltung,
sehr geehrte Vertreter*innen der Presse,
sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich mich für die gute Zusammenarbeit im Rat bedanken. Ein besonderer Dank gilt der Verwaltung für die anregende Beratung und Unterstützung. Für die Aufstellung und die ausführliche Darlegung des Haushalts der Stadt Heinsberg bedanken wir uns zudem vielmals beim Kämmerer Herrn Schmitz sowie allen Mitwirkenden.

2021 war ein ereignisreiches Jahr, das nach wie vor von Corona geprägt wurde. 2022 wird sich dies voraussichtlich nicht erheblich ändern. Weiterhin beeinflusst das Virus unser Leben. Es gilt, sich zu schützen, andere zu schützen und Solidarität zu zeigen. Nicht zu unterschätzen sind all die Auswirkungen der Pandemie, die schon jetzt spürbar sind und sich durch nahezu alle Bereiche unserer Gesellschaft ziehen. Fokussieren wir uns trotz der vielen unterschiedlichen Ansichten auf ein gemeinsames Ziel: die Eindämmung des Virus sowie ein verantwortungsbewusstes und solidarisches Zusammenleben. Wir hoffen und sind zuversichtlich, dass künftig „ein gesundes Leben“ nicht mehr mit Abstand halten und Kontakte einschränken assoziiert wird.

Aber auch unabhängig von der Pandemie hat sich einiges getan: Future Site InWest, der Brandschutzbedarfsplan, das Klimaschutzkonzept, Investitionen in Schulen und Kindertagesstätten und vieles mehr wurden beschlossen und neben Corona waren Teile Heinsbergs zudem von der Flutkatastrophe betroffen. Zuerst möchte ich auf Letztere eingehen. Viele Menschen haben um ihre Existenz kämpfen müssen und noch immer sind unsere Gedanken bei den Betroffenen. Grausam waren die Bilder und der Anblick, berührend die Anteilnahme. Mitgefühl, Empathie und Rührung, aber auch große Unterstützung in Form von Spenden und Helfenden direkt vor Ort kamen vielerorts auf. Wie ein Mahnmal stellt sich nun die Frage, wie man sich auf solche Flutkatastrophen künftig vorbereiten und diese möglichst umgehen kann. Für uns von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN heißt es daher, besondere Vorsicht bei der Erschließung von Baugebieten walten zu lassen und auf genügend Überschwemmungsflächen zu achten. Erfreulich sind die von der Stadt organisierten Beratungsangebote und die von der Ingenieurgesellschaft Hydrotec erstellte Starkregengefahrenkarte zur Erarbeitung von Risiko- und Maßnahmensteckbriefen. Dank gilt jedoch nicht nur der Stadt und der Ingenieurgesellschaft Hydrotec, sondern insbesondere der Feuerwehr, den Landwirten und zahlreichen Helfenden.

Um weiterhin auf Katastrophen reagieren, Menschen retten und unterstützen zu können, sind die Investitionen in die Feuerwehr, ihre Ausrüstung und Standorte, die im Brandschutzbedarfsplan festgehalten und überarbeitet wurden, umso wichtiger für uns alle und unser aller Leben in Heinsberg. Denn hinter dieser Arbeit steckt eine starke Überzeugung, die zur Hilfe von Menschen in Not antreibt und ohne die wir in Heinsberg Katastrophen nicht mehr ausreichend bewältigen könnten. Die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehr ist für uns folglich unverzichtbar und ihrem Engagement sind wir zu großem Dank verpflichtet. Daher begrüßen wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN insbesondere die Prüfung zusätzlicher Fördermöglichkeiten zur Stärkung des Ehrenamts in der Freiwilligen Feuerwehr, wie sie im Brandschutzbedarfsplan aufgegriffen wird.

Weitere Investitionen betreffen Kindertagesstätten, Grundschulen und die Realschule Heinsberg. Nach einem von Distanzlernen geprägten Jahr 2020, in dem Schüler*innen eigenständig lernen, verstehen und Eltern ihre Kinder unterstützen mussten, folgte ein von Unsicherheit bestimmtes Jahr 2021. Nach Überforderung, Stress und Unsicherheit darüber, wie Schule, Arbeit und Familie zuhause zusammenzubringen sind, herrscht nun oft Unsicherheit und Überforderung bei Eltern und Bildungseinrichtungen über die Regelungen, Schutzmaßnahmen und insbesondere beim Erfüllen der Bedürfnisse der Kinder und Schüler*innen. Dank und Anerkennung gelten somit Eltern, Kindern und Lehrkräften für die enorme Belastung und dem Standhalten während der noch andauernden Pandemie. Wo die gesetzlichen Regelungen aufhören, gilt es für uns alle, eigenständig Verantwortung zu übernehmen. Beispielhaft ist hier die freiwillige Testung der Kinder in Kindergärten durch die Eltern selbst anzuführen. An kaum einem Ort ist die Bedeutung von Eigenverantwortung derzeit so deutlich wie in Schulen und KiTas, an kaum einem Ort ist die Unsicherheit derzeit so spürbar, aber auch kaum ein anderer Ort bietet Kindern einen solch beständigen Raum zum Lernen, Verstehen, Treffen und Beisammensein. Als unerlässlich sehen wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN daher den Ausbau, Neubau und die Modernisierung von KiTas und Schulen, vor allem vor dem Hintergrund der hohen Nachfrage und der gleichzeitig begrenzten Aufnahmekapazität. Wenige Investitionen sind so lohnend wie jene in unser Bildungssystem. Wir befürworten ausdrücklich die Mittel, die im Haushalt 2022 für die Realschule Heinsberg und die Grundschule Dremmen eingeplant sind.

Neben all dem Lehr- und Lernstress darf jedoch die Freizeit insbesondere für Kinder nicht fehlen: Freundschaften schließen durch gemeinsames Spielen und das auch außerhalb von Schulen und Kindergärten. Vor allem im Kontext der Pandemie sind Bewegung und Spiel ein wesentlicher Ausgleich zu den langen Einschränkungen. Gemeinsames Spielen fördert die kindliche Entwicklung und die Sozialkompetenz. Es werden soziale Kontakte geknüpft, die lange Zeit stark vernachlässigt wurden. Als Lieckerin begrüße ich vor diesem Hintergrund vor allem den beschlossenen, integrativen und multifunktionalen Spiel- und Sportplatz in Lieck. Er berücksichtigt verschiedenste Bewegungsformen und -bedarfe der Kinder und bietet so die Möglichkeit zur vielseitigen Nutzung. Auch für die Jugendarbeit stellt der Spiel- und Sportplatz eine große Chance dar. Schließlich ist die Verabschiedung des

Spielflächenplans insgesamt als erfreulich zu betrachten, da so Spielen vor Ort und im gesamten Stadtgebiet Heinsberg ermöglicht wird.

Eine attraktive Stadt zeichnet sich aber nicht ausschließlich durch ebenso attraktive Freizeit- und Spielmöglichkeiten für Familien und insbesondere für Kinder aus, sondern auch die örtliche Anbindung darf nicht fehlen. Erreichbarkeit, Mobilität, der Ausbau des ÖPNVs und der Radwege sowie reizvolle Arbeitsplätze in der Nähe sind Voraussetzung für eine lebens- und erstrebenswerte Stadt. Mit Future Site InWest könnten Teilaspekte davon gestärkt werden. Dass ein Industriegebiet in Geilenkirchen-Lindern entstehen wird, war lange Zeit abzusehen, gleichwohl wird die Thematik weiterhin vor allem durch eine Vielzahl offener Fragen geprägt. Eine solche Investition in die Zukunft mit all ihren Anschlussentscheidungen erfordern Bedacht und Weitsicht. Groß und vielseitig sind die potenziellen Chancen, groß und vielseitig sind aber ebenfalls die möglichen Risiken. Das Schaffen von Arbeitsplätzen sowie Erträge aus zusätzlichen Gewerbesteuern können einen Gewinn für Heinsberg darstellen. Dieser Gewinn wird bei arbeitnehmerunfreundlichen, rückständigen und umweltverschmutzenden Unternehmen jedoch schnell eingeschränkt oder gar zum Nachteil. Skeptisch sehen wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Flächenverbrauch zulasten der Landwirtschaft, die Flächenversiegelung und weitere damit einhergehende Belastungen für unsere Umwelt. Insbesondere die Verkehrsanbindung rund um das entstehende Industriegebiet birgt große Herausforderungen. Wir fordern eine Bahnanbindung, um zusätzliche Umweltbelastungen zu reduzieren.

Aber auch die Unternehmen selbst müssen in den Blick genommen werden. So gilt es, die Unternehmensansiedlung mit Sorgfalt und Vorsicht zu beobachten und bei Bedarf oder Notwendigkeit zügig einzuschreiten. Wir fordern die Ansiedlung von Unternehmen, die nicht nur die Wirtschaftlichkeit der Stadt steigern, sondern auch zu ihrer Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit beitragen. Unternehmen, die ressourcenschonend, nachhaltig und fair wirtschaften und progressiv die Energiewende vorantreiben, sollen im Industriegebiet der Zukunft gefördert werden. Nur so kann Future Site InWest seinem Namen und seiner Bedeutung gerecht werden. Wichtig ist bei solch wesentlichen und in verschiedenster Hinsicht folgenreichen Entscheidungen insbesondere die Einbindung der Anwohnenden und Bürger*innen. Ihre Sorgen und Befürchtungen sowie ihre Ideen und Vorschläge müssen in den Planungen Beachtung finden, denn sie definieren maßgeblich mit, was eine lebens- und erstrebenswerte Stadt auszeichnet.

Klimaschutz und -anpassung sind schon längst zentrale Themen in unserer Gesellschaft. Diese Aufgabe darf nicht vernachlässigt werden. Bedauerlich ist es daher, dass unser Antrag in der damaligen Fraktionskonstellation zur Schaffung eines zeitlich befristeten Arbeitskreises für einen nachhaltigen Wahlkampf im Rat abgelehnt wurde. Viele verschiedene Ideen zu einem fairen und ressourcenschonenden Wahlkampf – wie beispielsweise die Einschränkung von Plakaten auf zuvor festgelegte Standorte oder Bereiche – hätten aus diesem Arbeitskreis hervorgehen können. Die Vorteile von Plakatierungen, der Gewinn von

Aufmerksamkeit, sind auch für uns GRÜNE nachvollziehbar. Nicht nachvollziehbar ist für uns die mangelnde Bereitschaft, sich über mögliche Kompromisse oder gemeinsame Einschränkungen auszutauschen, um trotz einer Plakatreduktion weiterhin im Wahlkampf als Parteien sichtbar zu sein. So hätten wir als Stadt in dieser Hinsicht eine Vorreiterrolle einnehmen können.

Umso deutlicher begrüßen wir das verabschiedete Klimaschutzkonzept der Stadt Heinsberg sowie das Konzept „Heinsberg blüht auf“. Das Klimaschutzkonzept ist ein wichtiger und guter Schritt, es setzt ein Zeichen für ein „Mehr“ an Klimaschutz in Heinsberg. Seine Umsetzung sollte also zügig erfolgen. Trotz der umfangreichen Berücksichtigung verschiedenster Maßnahmen, bleibt uns von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Konzept zeitlich gesehen zu wenig ambitioniert. Die Treibhausgasneutralität wird erst im Jahr 2045 angestrebt. Ziel muss jedoch sein, diese vorzuziehen und frühestmöglich zu erreichen. Auch die letzten zehn Jahre bis zur beabsichtigten Treibhausgasneutralität (von 2035 bis 2045) sind noch nicht geplant und können somit nicht transparent dargestellt werden. Diesbezüglich ist zudem auf das Karlsruher Verfassungsurteil zum Klimaschutzgesetz von 2019 zu verweisen. Da Klimaschutz aber ein dynamischer Prozess ist, der stets Weiterentwicklung und Anpassung verlangt, gilt es nun, die Planung bis zur Erreichung der Treibhausgasneutralität fortzuschreiben und erfolgreich abzuschließen. Dies muss angegangen und verwirklicht werden.

Inhaltlich ist das Klimaschutzkonzept aus unserer Sicht jedoch bestens aufgestellt. Erfreut blicken wir beispielsweise auf den im Konzept enthaltenen „Klima-Check“, durch den Ratsbeschlüsse künftig vor dem Hintergrund ihrer ökologischen Auswirkungen geprüft werden sollen. Umweltschutz und Klimaanpassung werden uns immer wieder im Rahmen unserer Tätigkeit als Stadtverordnete begleiten, aber auch in unserem Alltag. Folglich sind wir alle aufgefordert, mitzuwirken und im Rahmen unserer Möglichkeiten dem Klimawandel entgegenzuwirken. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass große Teile der Treibhausgasemissionen im privaten Bereich getätigt werden, muss es für uns als Stadt Ziel sein, für Transparenz und Aufklärung zu sorgen und den Heinsberger Bürger*innen (attraktive) Alternativen aufzuzeigen. Die Möglichkeiten sind vielfältig beispielsweise können wir durch Fahrradfahren, das Nutzen des ÖPNVs oder durch ein bewussteres Konsumverhalten Treibhausgasemissionen einsparen oder vermeiden. Wir alle können einen Beitrag leisten, sei er augenscheinlich noch so klein.

Dass Corona uns wirtschaftlich schwächen wird, stand fest. Dies ist nicht nur für das vergangene und aktuelle Jahr, sondern auch für folgende Jahre unvermeidbar. Derzeit hält sich das Defizit der Stadt (geplant 2022: -3,3 Mio.), trotz der bestehenden Pandemie und der geringeren Schlüsselzuweisungen, aus unserer Sicht noch in Grenzen. Ab 2025, wenn die coronabedingten Mehraufwendungen und Mindererträge nicht mehr isoliert geführt werden, wird das wirtschaftliche Ausmaß der Pandemie im Haushalt als erhöhtes Defizit sichtbar. Viele der im Haushalt angeführten Aufwendungen wie beispielsweise die Erweiterung der Realschule sind

aufgrund hoher Nachfrage und begrenzter Kapazität aber notwendig, um allen Schüler*innen die Teilhabe an Bildung zu ermöglichen. Umso wichtiger ist es also, vorsichtig und nachhaltig zu wirtschaften und darauf zu achten, dass wir die finanziellen Spielräume künftiger Generationen nicht einschränken. Erfreulich sind daher die eingeplanten Sondertilgungen, um möglichst frühzeitig Schulden abzubauen und im Sinne der Generationengerechtigkeit zu agieren. Die Nachhaltigkeitssatzung findet somit, trotz oder neben den erforderlichen Investitionen, im Haushalt Berücksichtigung. Keine weiteren Kreditaufnahmen sind geplant. Dennoch ist Achtsamkeit angebracht, denn Prognosen und Haushaltsplanungen gestalten sich in solch unsicheren, dynamischen und konfliktreichen Zeiten schwierig. Die Risiken dürfen nicht unterschätzt werden, aber die Chancen auch nicht ignoriert. Es bleibt zu hoffen, dass die Zinsen möglichst niedrig bleiben und die Wirtschaftskraft in Heinsberg möglichst wächst. Eine herausfordernde Aufgabe wird sein, einen Weg zu finden, die durch Corona verursachten und noch in einer Nebenrechnung geführten Schulden abzubauen.

Aufgrund der eingeplanten Maßnahmen im Sinne der Nachhaltigkeitssatzung und Generationengerechtigkeit in dieser angespannten Lage stimmen wir von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN dem Haushalt zu.